

zung wirksamer Selbsthilfe abzielt und insofern klar begrenzt ist. Im Unterschied zu einem globalen Prinzip egalitärer Verteilungsgerechtigkeit geht es R. also nicht um den Abbau eines teilweise dramatischen Wohlstandsgefälles als solchem, sondern lediglich um die Sicherung allseitiger „politischer Autonomie“, die es den am wenigsten begünstigten Völkern ermöglichen soll, die gewonnenen Grundfreiheiten effizient zu gebrauchen und sich damit von fremder Unterstützung unabhängig zu machen (118).

Im abschließenden vierten Teil führt R. noch einmal die wichtigsten Argumentationsstränge zusammen und setzt sich mit kritischen Anfragen auseinander. Gegenüber dem naheliegenden Ethnozentrismusvorwurf, demzufolge die Konzeption eines liberalen Gesetzes der Völker ein typisch westliches Konstrukt darstellt, dem keine universale Bedeutung zuzubilligen sei, verweist R. auf die Differenz zwischen dem Entstehungs- und dem Begründungskontext seines Ansatzes. Da die zentrale Idee eines dem Reziprozitätskriterium genügenden fairen Verkehrs zwischen freien und gleichen Völkern auf einer Gerechtigkeitskonzeption beruhe, die sich ausschließlich politischer Begriffe bediene und allein mit den Mitteln öffentlicher Vernunft begründbar sei, könne weder die Objektivität noch die universale Reichweite dieses Ansatzes sinnvoll bezweifelt werden (121). Auch den komplementären Einwand, seine politische Konzeption fördere den Säkularismus und entwerte religiös-weltanschauliches Denken zur bloßen Privatsache, will R. nicht gelten lassen. Der Umstand, daß „die vernünftigste und tiefste Grundlage sozialer Einheit“ in politischen Institutionen bestehe (123), schließe nämlich nicht nur nicht aus, daß umfassende religiös-weltanschauliche Lehren sich immer dann aktiv an der politischen Diskussion beteiligen könnten, wenn sie ihre Argumente im Sinne des öffentlichen Vernunftgebrauchs zur Geltung brächten, sondern stelle ganz im Gegenteil einen ebenso notwendigen wie wirksamen Schutz vor einer fragwürdigen Politisierung der Religionen dar (127).

Betrachtet man Rs. Ausführungen auf dem Hintergrund seiner seit den frühen 90er Jahren vollzogenen Wende zum politischen Liberalismus, dann ergibt sich insgesamt ein zwiespältiger Eindruck. Einerseits besticht die Konsequenz, mit der er zentrale Gedanken zur binnengesellschaftlichen Gerechtigkeit auf den internationalen Bereich hin ausweitet. Andererseits bleiben gewichtige, nicht zuletzt mit dem politischen Liberalismus als solchem verbundene Fragen unbeantwortet. Diese betreffen zum einen die nähere Verhältnisbestimmung zwischen den Bereichen Moral, Politik und Recht. Nicht selten oszillieren Rs. Überlegungen zwischen verschiedenen Perspektiven. Den Versuch, strittigen Fragen der Moralbegründung durch eine Beschränkung auf einen öffentlichen Vernunftgebrauch zu entgehen, kontrastiert die Beteuerung der moralischen Dignität der schlußendlich präsentierten politischen Lösungsvorschläge. Es besteht der Verdacht, daß moraltheoretische Begründungsprobleme einfach (z. B. durch die problematische Unterscheidung zwischen ‚umfassenden Lehren‘ und ‚politischen Konzeptionen‘) semantisch überspielt oder gar als politisch irrelevant verdrängt werden sollen. Zum anderen wäre näherhin zu klären, ob die inhaltliche Ausgestaltung der vorgelegten Gerechtigkeitsprinzipien vollumfänglich überzeugend erscheint. Läßt Rs. Verständnis von politischer Autonomie und einer entsprechend eingeschränkten Hilfspflicht für benachteiligte Völker nicht doch Assoziationen an ein formalistisches Freiheitsverständnis aufkommen, das ein angemessenes Verständnis umfassender Solidarität im Grunde unmöglich macht? Da sich der späte R. verstärkt mit Fragen der interkulturellen sowie der interreligiösen Verständigung beschäftigt und wiederholt ausdrücklich auf die katholische Soziallehre zu sprechen kommt, sollte gerade von seiten der christlichen Theologie der kritische Dialog mit R. gesucht werden. Nur so lassen sich gegenseitige Mißverständnisse ausräumen, Stärken und Schwächen des jeweiligen Ansatzes ausloten und offene Fragen einer Klärung zuführen.

F.-J. BORMANN

ALBERT, MICHEL, *Kapitalismus contra Kapitalismus* [*Capitalisme contre capitalisme, dt.*]. Aus dem Französischen übersetzt von Hans Kray. Frankfurt a. M.: Campus Verlag 1992. 235 S./graph. Darst.

Als der Verf. den unbestrittenen Sieg des Kapitalismus nach dem Fall der Mauer beschrieb und die Gefahr ausmalte, wie dessen neo-amerikanische Spielart die europäische



Spielart verdrängen könnte, stand er unter dem unmittelbaren Eindruck der deutschen Einigung. Er fand die Lebenskraft des rheinischen Kapitalismus mit sozialdemokratischen Zügen erneuert, als er sah, wie Bundeskanzler Kohl den Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik politisch und wirtschaftlich vollendete. Derzeit wird Europa fast ausschließlich von Sozialdemokraten regiert. Im Abstand weniger Jahre läßt sich nun leicht prüfen, welche Diagnosen Michel Alberts zutreffen und welche übertrieben oder fehlgeleitet erscheinen.

Der Verf. nennt als das erste Ziel seines Buches, zu zeigen, daß es neben dem „neo-amerikanischen Wirtschaftsmodell andere gibt, die gleichzeitig wirtschaftlich effizienter und sozial gerechter sein können“ (22). In einer ersten Annäherung werden neben dem angelsächsischen ein deutsch-japanisches und der harte Kern eines europäischen Modells identifiziert, das Deutschland, die Alpenländer, die Niederlande, Skandinavien und analog Japan umfaßt. Letzteres wird „rheinischer Kapitalismus“ genannt.

Der neo-amerikanische Kapitalismus ist nach einer Serie nationaler Demütigungen, etwa im Iran, in Vietnam und während des Watergate-Skandals seit dem Amtsantritt Reagans, der das gigantische Militärprogramm SDI und eine massive Steuersenkung ankündigte, wiederbelebt worden. Der Verf. skizziert dieses Gesellschaftsmodell mit drei markanten Strichen: Erstens verfügt Amerika über eine einzigartige ökonomische Macht, die durch unermessliche natürliche Ressourcen, einen Technologievorsprung, eine Leitwährung sowie ein kulturelles Übergewicht aufgebaut wird (39–44). Zweitens ist der soziale Verfall in den Städten unübersehbar: Drogenkriminalität, Rassenhaß und Arbeitslosigkeit deuten auf eine Gesellschaft hin, die zwischen Armut und Reichtum, glänzender Universitätsausbildung für wenige und mittelmäßigem Schulsystem für die Allgemeinheit zerrissen ist. Dazu kommen schwache Leistungen der Industrie, eine niedrige Sparneigung, hohe Haushaltsdefizite, riesige Auslandsschulden sowie eine kranke Demokratie (45–66). Drittens spielen die Börsen die Hauptrolle bei der Unternehmensfinanzierung. Ein solches Finanzsystem führt dazu, daß die Industrieproduktion durch die Finanzlogik bevormundet wird. Die Unternehmen werden als Ware gehandelt, Fusionen und feindliche Übernahmen nehmen zu, die Tyrannei der Finanzwirtschaft zwingt die Manager, schnelle Gewinne auszuweisen, sich dem Diktat der Quartalsberichte zu unterwerfen und sich weder um Produkte für das breite Publikum noch um die Interessen der Belegschaft zu kümmern (67–88).

Der andere Kapitalismus, das rheinische Modell, ist wirtschaftlich und sozial überlegen. Charakteristisch ist für ihn, daß Güter, die im neo-amerikanischen Modell (überwiegend) marktförmig nachgefragt und angeboten werden, wie etwa Unternehmen, Arbeitseinkommen, Wohnung, Nahverkehr, Medien, Rechtsberatung, Bildung und Gesundheit, nicht nur dem Markt, sondern auch öffentlichen Initiativen zugewiesen sind. Ein weiteres Merkmal ist die starke Stellung der Banken bei der Unternehmenskontrolle. Sie geben Kredit, halten Beteiligungen an Industrieunternehmen und verfügen über das Depotstimmrecht. Die Unternehmen engagieren sich bei der beruflichen Aus- und Weiterbildung der Belegschaften. Sie gelten als Interessenverbund, in dem die Verantwortlichkeiten der Manager, Aktionäre, Banken, Betriebsräte und Gewerkschaften ausbalanciert und auf Konsens gerichtet sind. Der Staat sichert den Wettbewerb und sorgt für den sozialen Ausgleich. Die Lebensrisiken (Alter, Krankheit und Arbeitslosigkeit) werden solidarisch abgesichert. Mächtige und verantwortungsvolle Gewerkschaften vertreten in Tarifverhandlungen die Interessen der abhängig Beschäftigten (103–127). Wirtschaftlich überlegen ist dieses Modell, weil die Länder über wettbewerbsfähige Industrieproduktionen, hoch qualifizierte Arbeitskräfte und zivile Anlagen zur Forschung und Entwicklung verfügen. Die starken Leitwährungen DM und Yen regen ausländische Direktinvestitionen an. Die Sparneigung ist hoch. Autonome Zentralbanken tragen dazu bei, die Wirtschaft gegen politische Zyklen zu immunisieren (128–146). Die soziale Überlegenheit des Modells besteht darin, daß Wettbewerbsfähigkeit und Solidarität, wirtschaftliche Effizienz und soziale Gerechtigkeit, Selbstdisziplin und kollektive Verantwortung jeweils ein Paar bilden. Das Modell bietet einen hohen Grad an sozialer Sicherheit gegenüber den Risiken der Krankheit, Arbeitslosigkeit und familiärer Störungen. Eine solidarische Lohnpolitik vermindert soziale Ungleichheit, während das Steuersystem und die Sozialhilfe extreme Ungerechtigkeit beseitigen (147–164).



Wie kommt es, daß der wirtschaftlich und sozial erfolgreiche rheinische Kapitalismus von dem weniger erfolgreichen Modell infiziert wird? Der Verf. liefert zwei Begründungsketten: Zum einen haben sozio-kulturelle Veränderungen, etwa ein hedonistischer, individualistischer Lebensstil und eine ausgeprägte Freizeitkultur die Länder des rheinischen Kapitalismus erfaßt. Die demographische Struktur entwickelt sich ungünstig. Der gesellschaftliche Konsens und der auf Interessenausgleich bedachte Führungsstil in den Unternehmen werden aufgekündigt. Die finanzielle Globalisierung entmachtete die Währungshüter, die Finanzminister und die Geschäftsbanken; sie verbreitet die Logik des reinen und harten Marktes (165–184). Zum andern wird der neo-amerikanische Kapitalismus von den Medien als ein abenteuerliches Spiel, ein sportliches Drama inszeniert. Ein Vermögen besitzen und schnellen Gewinn machen, das Eigeninteresse und die mediale Selbstdarstellung beflügeln die Phantasie junger Leute mehr als neue Produkte zu erfinden, zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen. Dabei ist offensichtlich, daß das exportierte Bild des neo-amerikanischen Kapitalismus nicht in allem mit dem ethisch, politisch und religiös aufgeladenen Original übereinstimmt. Multinationale Unternehmen stehen dem rheinischen Modell eh näher als dem neo-amerikanischen (185–203).

Der Verf. hat mit prophetischer Schärfe nach dem Ende des Ost-West-Konflikts die ökonomische und ethische Auseinandersetzung um alternative Leitbilder des Kapitalismus vorweggenommen. Klarsichtig hat er die dunklen Schatten der US-amerikanischen Wirtschaft und die mediengestützte ideologische Propaganda des ultra-liberalen Paradigmas aufgedeckt. Zutreffend wird der harte Kern der Globalisierung in der wirtschaftlichen Dominanz der Finanzmärkte und im politischen Kampf um die Hegemonie der Leitwährungen identifiziert. Der Verf. bescheinigt den Europäern, daß sie sehr gute Gründe haben, an den zwei Brückenpfeilern ihres Modells, der wirtschaftlichen Effizienz und der sozialen Gerechtigkeit, festzuhalten – fast ein Jahrzehnt eher, als Amartya Sen, der Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaft von 1998, erklärt, daß die Frage nach Gleichheit und Solidarität von der Freiheitseffizienz des Marktes nicht hinreichend beantwortet werde. Daß der rheinische Kapitalismus in der Integration der ausländischen Bevölkerung mangelhaft ist, merkt der Verf. wiederholt an (13 f., 158 f.). Übertrieben wirken die durchgehende Schwarz-Weiß-Zeichnung und die idealtypische Polarisierung. Der Prozeß der deutschen Einigung stellt sich im zeitlichen Abstand weniger positiv dar. Die Verehrung des rheinischen Modells trübt manchmal den Scharfblick der Diagnose. Fehlgeleitet ist die fast ausschließlich negative Charakterisierung der US-amerikanischen Wirtschaft, wengleich der Verf. anmerkt, daß das Übergewicht des Dollars durch die politische Demokratie und durch religiöse Institutionen eingegrenzt wird und daß die USA über ein hohes Vermögen der Absorption Fremder verfügen. Schief ist auch die psychosomatische Metapher, daß ein erfolgreiches Modell durch ein krankhaftes infiziert werden könnte. Tatsächlich geht es um theoretische Diskurse und politische Machtkämpfe. Um diese globale Auseinandersetzung selbstbewußt und offensiv führen zu können, hat der Verf. einen brillanten Beitrag geleistet.

F. HENGBACH S. J.

ALM, GERHARD, *Die Blattmetamorphose bei Blütenpflanzen*. Entwicklung einer sowohl botanischen als auch philosophischen Lehrmeinung unter besonderer Berücksichtigung von Goethes Forschungen. Hermannsburg: Albers 1999. 150 S.

In dankenswert klarer Weise gibt die Einleitung Auskunft über Entstehung und Intention der vorliegenden Publikation. Sie ist aus einer Diplomarbeit im Fach Landespflanze hervorgegangen, welche die Anlage eines Lehrgartens zur Erläuterung von Goethes Metamorphose-Lehre zum Ziel hatte. Darüber hat der Verfasser Goethe als Botaniker für sich entdeckt und angeleitet durch A. Wigands „Kritik und Geschichte der Lehre von der Metamorphose der Pflanzen“ aus dem Jahr 1846 (eine „philosophische“ Dissertation, wie Alm angibt, aber welche Dissertation mit naturwissenschaftlicher Thematik wäre das damals nicht gewesen) den Wunsch in sich verspürt, den „Spagat zwischen Botanik und Philosophie“ (1) selbst zu versuchen. Wigands Dissertation dient ihm denn auch dazu, um Voraussetzungen, Entwicklung und Wirkungsgeschichte